

Regionalstrategie Daseinsvorsorge

// Region Spreewalddreieck

Städteverbund Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald



Vorwort

Die drei Städte Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald haben seit Ende 2011 im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge darüber diskutiert, wie es gelingen kann, trotz rückläufiger Einwohnerzahlen für die Bürgerinnen und Bürger in der Region Spreewalddreieck langfristig eine hohe Lebensqualität zu sichern. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung, Jugend- und Seniorenarbeit, die ambulante medizinische Versorgung und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses, der in Arbeitsgruppen und in öffentlichen Veranstaltungen geführt wurde, sind in der vorliegenden Regionalstrategie zusammengefasst. Die aktuellen Trends der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung zwingen zunehmend dazu, Versorgungsangebote zu bündeln und Kooperationen mit anderen Kommunen oder Aufgabenträgern zu suchen. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge müssen sich Städte und Gemeinden über gemeinsame Versorgungseinrichtungen abstimmen und gemeinsame regionale Strategien verfolgen. Die Diskussion mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern in der Region zeigte uns aber auch die Vielfalt der vorhandenen Angebote auf, die teilweise noch enger vernetzt und sichtbarer gemacht werden sollten.

In der Broschüre werden neben der Ausgangslage der Region Spreewalddreieck und den Herausforderungen der künftigen Entwicklung die Ziele der regionalen Daseinsvorsorge dargestellt. Für die Bereiche Innovatives Lernen, Generationengerechtes Leben, Gesundheit/medizinische Versorgung sowie Mobilität/Barrierefreiheit werden Lösungsansätze und erste Projekte beschrieben. Die Regionalstrategie zeigt, mit dem Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge wurde ein Diskussionsprozess angestoßen, der in den nächsten Jahren intensiv fortgeführt werden muss.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen beteiligten Akteuren für die Mitwirkung an der Erarbeitung der Regionalstrategie bedanken. Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre und uns gemeinsam bei der Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum weiterhin viel Erfolg.



Werner Suchner

Bürgermeister
der Stadt Calau



Helmut Wenzel

Bürgermeister
der Stadt Lübbenau/S.



Bengt Kanzler

Bürgermeister
der Stadt Vetschau/S.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Ausgangslage der Region	4
Herausforderungen der künftigen Entwicklung	6
Ziele der regionalen Daseinsvorsorge	11
Innovatives Lernen	13
Generationsgerechtes Leben	17
Gesundheit/medizinische Versorgung	22
Mobilität/Barrierefreiheit	26
Projekte	28
Fazit	30

Das Projekt Regionalstrategie Daseinsvorsorge Spreewalddreieck ist ein Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) im Rahmen des Forschungsfeldes „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBVS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).



Luftaufnahme Stadt Vetschau/Spreewald // © Stadt Vetschau/Spreewald

Einleitung

Die Region Spreewalddreieck, bestehend aus den drei Kommunen Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald, hat sich 2011 um die Aufnahme in das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ beworben.

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützt ausgewählte Modellregionen im ländlichen Raum darin, sich den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten.

Die Regionalstrategie verknüpft vielfältige Bereiche der technischen und sozialen Infrastruktur: Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Beratungseinrichtungen, öffentlicher Nahverkehr, Straßen und technische Ver- und Entsorgung. Auf Initiative der drei Städte wurden in einem Diskussionsprozess mit der Bevölkerung, Kommunalpolitikern und Trägern der Daseinsvorsorge Ideen entwickelt, wie die verschiedenen Infrastrukturen an die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasst werden können.

Gesteuert wurde der Prozess durch eine Lenkungsgruppe, die sich aus den Bürgermeistern der drei Städte und Vertretern der Fachplanungen zusammensetzte. Die Koordinierung erfolgte durch die Stadt Calau, die durch eine externe Fachberatung, die B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH aus Potsdam, unterstützt wurde. Zudem wurden durch das Dortmunder Büro Spiekermann & Wegener – Stadt- und Regionalforschung (S&W) für die Region Bevölkerungs- und Erreichbarkeitsmodelle erarbeitet.

Da es nicht möglich war, sich im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge allen Themen der Daseinsvorsorge zu widmen, ist für die Auswahl der zu untersuchenden Infrastrukturen ein mehrstufiges Verfahren durchgeführt worden, in das alle betroffenen Ressorts der Daseinsvorsorge und über Fragebögen auch Bürgerinnen und Bürger eingebunden waren. Am Ende des Auswahlprozesses haben sich die Beteiligten für folgende Themen entschieden, die in der Regionalstrategie bearbeitet werden sollten:

- (1) Innovatives Lernen
- (2) Generationengerechtes Leben
- (3) Gesundheit/medizinische Versorgung
- (4) Mobilität/Barrierefreiheit

Zu diesen vier Themen wurden Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, in denen die jeweiligen Schlüsselakteure, wie bspw. Vertreter der Kommunen, zivilgesellschaftliche Gruppen sowie Wirtschafts- und Sozialpartner mitwirkten. So waren in den vier Arbeitsgruppen, die während des Prozesses jeweils zwei- bis dreimal tagten, die Bürgerinnen und Bürger als Elternvertreter der Schulen, Schülersprecher, Lehrer, Stadtverordnete, Vertreter von Senioreneinrichtungen und Wohlfahrtsverbände usw. vertreten.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden darüber hinaus regelmäßig über den Stand des Projektes informiert. Dazu fanden drei öffentliche Bürgerforen (April 2012, April 2013 und Dezember 2013) statt. Im Rahmen der öffentlichen Foren hatten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich in die Diskussion der Regionalstrategie einzubringen. Begleitend zum Prozess erfolgten Informationen in der Tagespresse und im Internet, auf Flyern sowie bei Veranstaltungen in Form von Präsentationen.

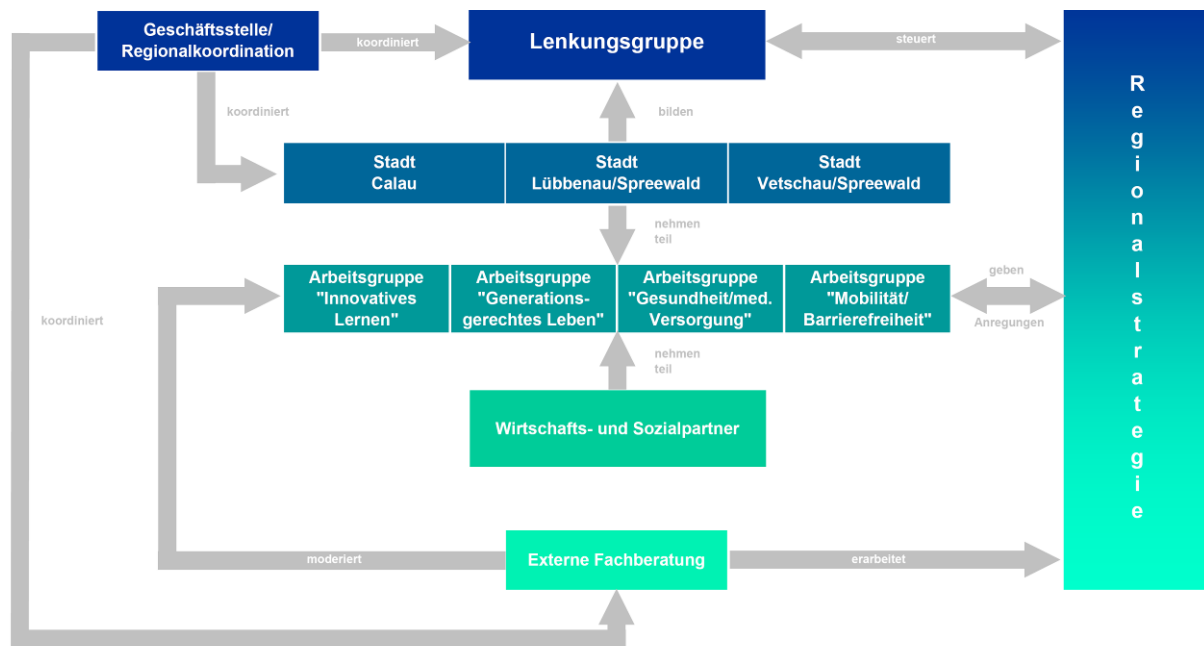


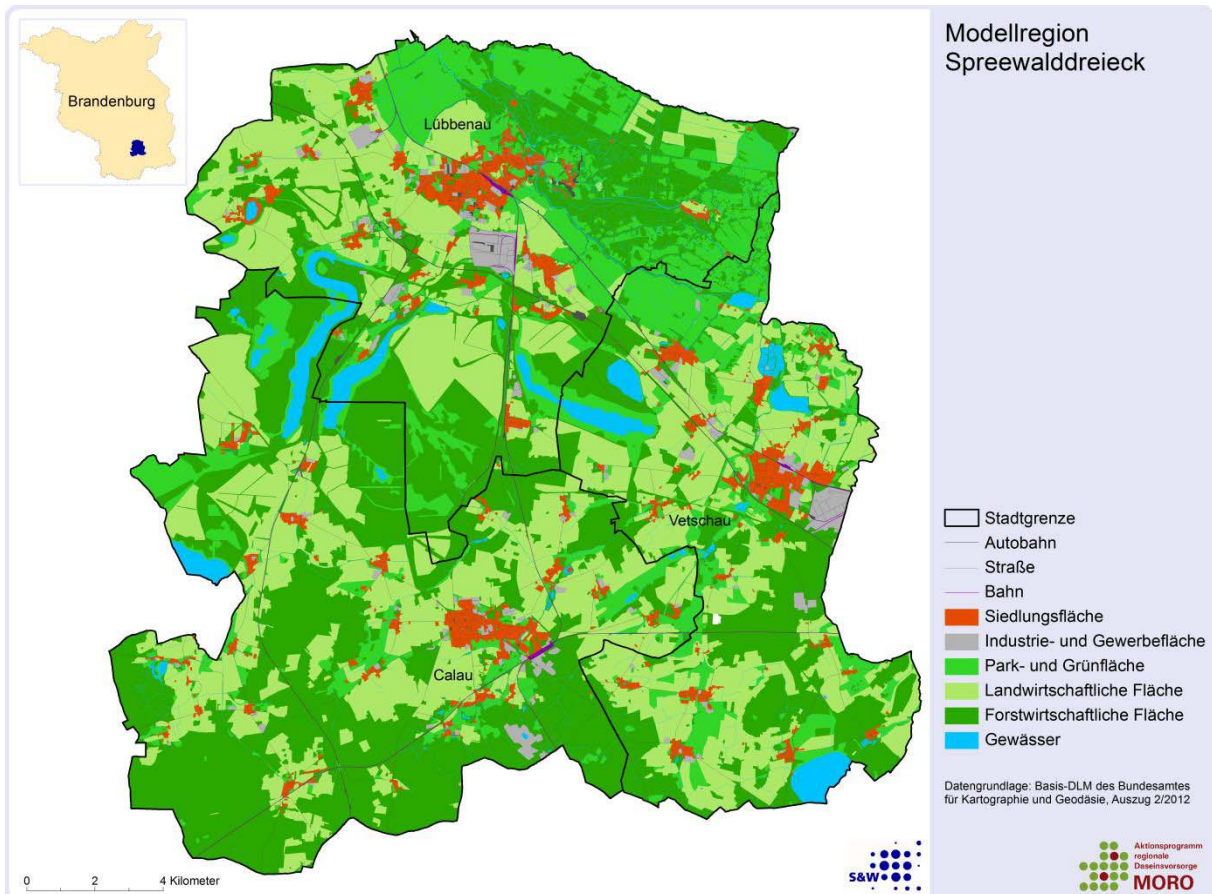
Abb.: Organisationsstruktur des Modellvorhabens

Ausgangslage der Region

Die Städte Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald gehören zur Planungsregion Lausitz-Spreewald und liegen im Landkreis Oberspreewald-Lausitz im Süden

des Landes Brandenburg.

Durch die Lage am Autobahndreieck Spreewald (A13/A15) und die Einbindung in das Bahnnetz verfügt die Region über eine gute verkehrliche Anbindung. Alle Städte

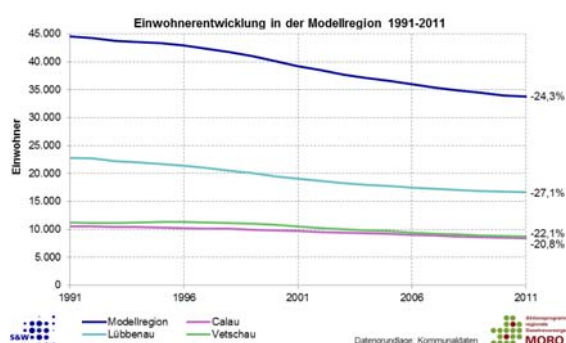


der Modellregion haben direkte Bahnverbindungen nach Berlin und Cottbus.

In der Region leben auf einer Fläche von rund 413 km² ca. 34.000 Einwohner. Die Einwohnerdichte beträgt 82 EW/km² und entspricht damit der des Landes Brandenburg. Die Siedlungsstruktur ist durch sehr dünn besiedelte ländliche Räume sowie die Städte Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald mit ihren das Stadtumland einbeziehenden Verflechtungsbereichen bestimmt.

Demografische Entwicklung

Die Region war in den vergangenen Jahren, wie viele andere Räume des Landes Brandenburg auch, von deutlichen Schrumpfungsprozessen betroffen. Zwischen 1991 und 2011 verlor die Region Spreewalddreieck jeden vierten Einwohner. Dies entspricht in etwa dem Kreisdurchschnitt. Die bisherige grundlegende Tendenz der Einwohnerentwicklung ist in allen drei Spreewalddreieck-Städten ähnlich. Die folgende Abbildung veranschaulicht die Entwicklung graphisch.

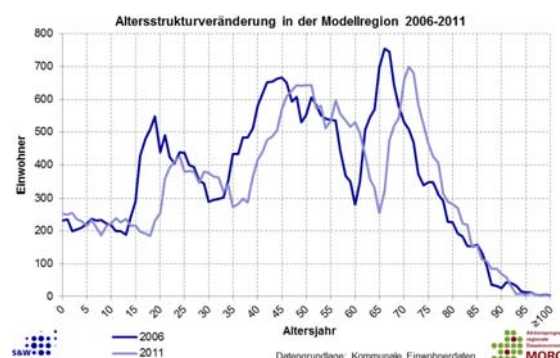


Ursächlich für den Bevölkerungsrückgang ist eine seit Jahrzehnten sehr niedrige Geburtenrate (natürliche Schrumpfung), gepaart mit spürbaren Abwanderungsverlusten, aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels. Die meisten Zu- wie Fortzüge gibt es in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen. Der Wanderungssaldo in den übrigen Altersgruppen ist zwar gewissen Schwankungen unterworfen, in der Tendenz jedoch ausge-

glichener. Insbesondere die 18- bis 24-Jährigen verlassen vielfach die Region, um anderswo einen Ausbildungsplatz anzutreten.

Veränderungen der Altersstruktur

Neben den rückläufigen Einwohnerzahlen erfährt die Region Spreewalddreieck einen fortschreitenden Alterungsprozess. Rückläufige Kinderzahlen infolge sinkender Zahlen potenzieller Mütter und ein starker Zuwachs an älteren Personen führen zu einem deutlichen Anstieg des Durchschnittsalters in Brandenburg. Die zwischen 2006 und 2011 zu beobachtende Verschiebung der Altersstrukturen verdeutlicht die folgende Abbildung.



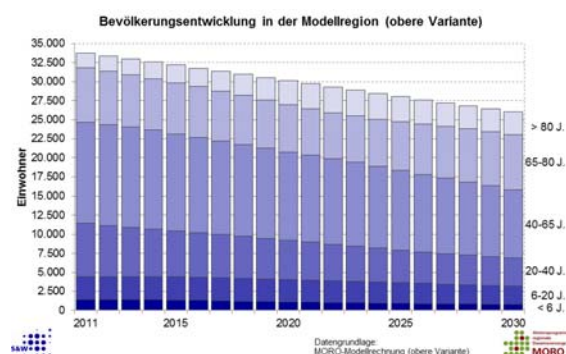
Erkennbar sind die bevölkerungsstarke Gruppe der älteren Menschen zwischen 65 und 75 Jahren sowie Einschnitte aufgrund geringer Geburtenraten zum Ende des Zweiten Weltkrieges (Jahrgänge 1942-1948). Die geburtenstarken Jahrgänge der 1950/1960er Jahre zeigen sich in bevölkerungsstarken Gruppen der heute 45- bis 60-Jährigen. Erkennbar sind auch Folgen der Abwanderung der heute 30- bis 40-Jährigen. Durch ihre Abwanderung fehlt der Region ein Großteil möglicher Eltern, was sich in einer geringen Zahl an Kindern und Jugendlichen in der Region niederschlägt. Das Durchschnittsalter der Einwohner hat sich zwischen 2006 und 2011 um 2,1 Jahre von 46,4 auf 48,5 Jahre erhöht.

Herausforderungen der künftigen Entwicklung

Die Region Spreewalddreieck steht in Zukunft vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die im Folgenden näher beschrieben werden.

Zukünftige demografische Entwicklung

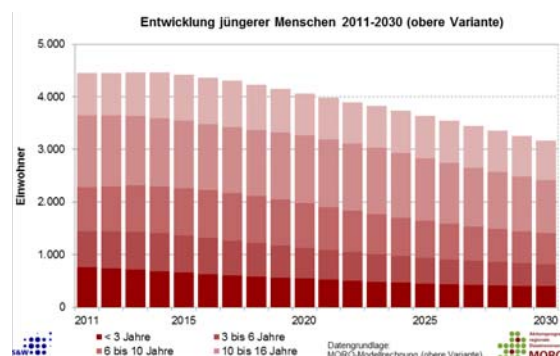
Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird empfindliche Auswirkungen auf die Nachfrage nach sozialen und technischen Infrastrukturangeboten in der Region nach sich ziehen.



Bei sinkenden Bevölkerungs- und Nutzerzahlen und gleichbleibenden Kosten bspw. zur Unterhaltung von Bibliotheken, des Schwimmbades oder ähnlichem, steigen die Pro-Kopf-Kosten an. Durch die Verschiebung der Altersstrukturen kommt es aber auch zu Verschiebungen der Nachfrage nach bestimmten Angeboten der Daseinsvorsorge.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 16 Jahren in der Region wird gemäß der kommunalen Bevölkerungsvorausschätzung von 2011 bis 2030 um 33 Prozent sinken. Die Altersgruppe der über 65-Jährigen dagegen wird im selben Zeitraum um 12 Prozent anwachsen. Ein besonders starker Anstieg (um 60 Prozent) wird für die Gruppe der über 80-Jährigen Hochbetagten erwartet. War im Jahr 2011 jeder vierte Einwohner über 65 Jahre alt, so wird es im Jahr 2030 jede dritte

Person sein. Das Durchschnittsalter wird auf 54,5 Jahre ansteigen.



Auswirkungen auf die Nachfrage an Kinder- und Jugendeinrichtungen

Mit dem Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen sinkt die Nachfrage an Kinder- und Jugendeinrichtungen. Diese Entwicklung wirkt sich auf die jugendrelevante Infrastruktur, vor allem auf Freizeit- und Bildungseinrichtungen, aus. Dies hat Folgen für den Lebensalltag von Kindern- und Jugendlichen. Weniger Orte der Kinder- und Jugendarbeit bedeuten oft auch weniger Bildungsangebote und weniger Potenzial für Freundschaftsbeziehungen und informelle Netzwerke sowie soziale Lerngelegenheiten mit Gleichaltrigen. Dies kann zu einer „Verinselung“ ländlicher Lebenswelten von Jugendlichen führen. Zugleich steigt der zeitliche und finanzielle Aufwand für Mobilität.

Auswirkungen auf Bildungseinrichtungen

In den Jahren 2000 bis 2010 sind die Kinder- und Schülerzahlen bereits erheblich gesunken. Als Folge sind zahlreiche Schul-

standorte geschlossen worden. Auch sind Kleinschulen entstanden, die am Rande von Mindestklassengrößen operieren.

Im Primarbereich (Altersgruppe 6 bis 10 Jahre) wird es bis 2025 einen leichten Anstieg der Schülerzahlen um 3 Prozent geben, bevor die Schülerzahlen bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2011 stark zurückgehen (-13,9 Prozent). Ähnlich verhält es sich im Sekundarbereich (Altersgruppe 10 bis 16 Jahre). Auch hier ist bis 2025 mit einem Anstieg der Schülerzahlen um 5 Prozent zu rechnen, bevor diese langfristig sinken. Diese Veränderungen können zunächst durch das aktuelle Schulnetz aufgefangen werden. Nach 2025 sind in der dünn besiedelten Region jedoch weitere Anpassungen im Schulbereich notwendig.

Zugleich steht der Schulbereich angesichts des wachsenden Teils älterer Menschen in der Region – im Sinne des Prinzips Lebenslanges Lernen – vor der Herausforderung für alle Altersgruppen Bildungsangebote vorzuhalten.

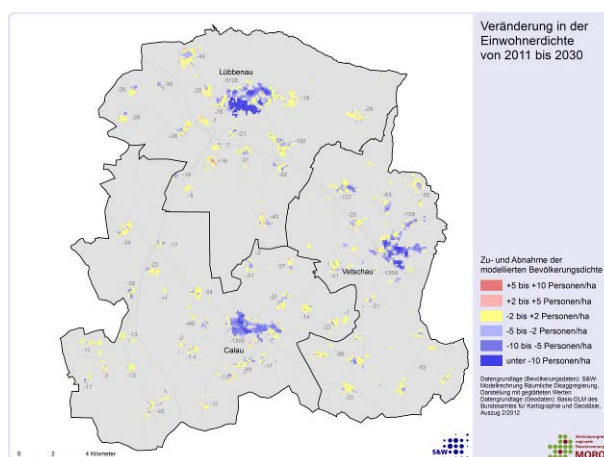
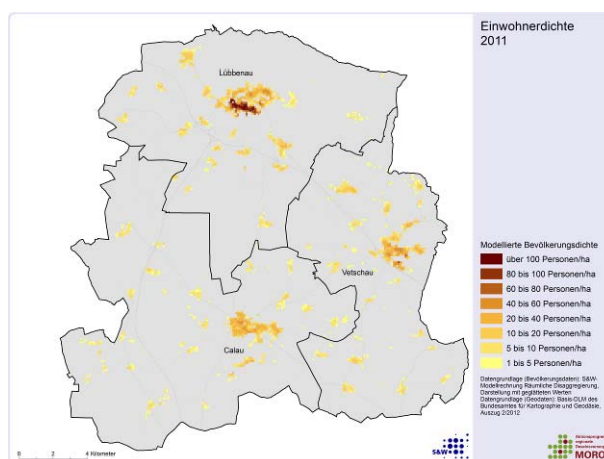
Erreichbarkeit

Die Aufrechterhaltung und Finanzierung der kommunalen Straßeninfrastruktur sowie eines bedarfs- und qualitätsgerechten Nahverkehrsangebots auch in der Fläche (öffentlicher Personennahverkehr einschließlich Schienenpersonennahverkehr) ist für die Region von besonderer Bedeutung. Wie die beiden Karten zeigen, wird insbesondere die weitere Entdichtung des ländlichen Raumes und die zunehmende Zentralisierung von Angeboten der Daseinsvorsorge in den Städten der Region zu besonderen Herausforderungen führen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region wird gegenwärtig insbesondere durch den Schülerverkehr getragen. Künftig müssen jedoch die Mobilitätsbe-

dürfnisse von jüngeren und älteren Menschen, die oft über keine andere Möglichkeit als den öffentlichen Personennahverkehr verfügen, stärker berücksichtigt werden. Etwa durch ökonomisch vertretbare Lösungen zur Barrierefreiheit und die Schaffung möglichst nahtloser Mobilitätsketten.

Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Auslastungsgrenzen des ÖPNV sind neue Benutzergruppen zu erschließen und vorhandene langfristig zu binden. Gebraucht werden aber auch neue Mobilitätskonzepte bspw. durch eine Verbindung von Personen- und Warenverkehr.



Inklusion

Die Schulen in der Region stehen vor der Aufgabe Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder sonderpädagogischen Förderbedarfen in das allgemeine Bildungssys-

tem einzubinden und damit das gemeinsame zieldifferenzierte Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in der allgemeinen Schule zu ermöglichen.

Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz engagiert sich bereits seit 2011 in diesem Bereich und ist eine der Regionen die vom Expertenkreis „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission bei der Umsetzung beraten wird.

Fachkräftemangel

Die berlinferne Lage der Region Spreewalddreieck erfordert besondere Anstrengungen zur Fachkräftesicherung. Bereits heute macht sich ein Mangel an Auszubildenden bemerkbar, der sich in Zukunft aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung weiter verstärken wird. Die Oberschulen sind in Kooperation mit regionalen Ausbildungsbetrieben gefordert, darauf zu reagieren, um möglichst viele Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung in der Region zu gewinnen und zu befähigen. Dies kann bspw. durch die weitere Ausgestaltung des Dialogs und der Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaft, entsprechend den spezifischen Bedingungen der Region, erfolgen.

Zunehmender Ärztemangel

Unter dem Gesichtspunkt, dass viele ältere Ärzte in den kommenden Jahren aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden werden, zeichnet sich ab, dass in der Region ein größerer Bedarf an Nachbesetzungen von Arztpraxen entstehen wird.

Der sich abzeichnende Ärztemangel wird durch die demografische Entwicklung noch verschärft. Denn der stark steigende Anteil älterer, insbesondere hochbetagter Menschen hat trotz sinkender Einwohnerzahlen eine steigende Nachfrage nach Gesund-

heitsdienstleistungen – vor allem in Bezug auf die Versorgung multimorbider, an chronischen und degenerativen Erkrankungen leidender älterer Patientinnen und Patienten – zur Folge.

Um Mediziner für die Region zu gewinnen, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinausgehen. Ausschlaggebend für die Wahl des Lebens- und Arbeitsortes von Hochschulabsolventen sind vielfältige Faktoren wie zum Beispiel die Infrastruktur (insbesondere Wohnungsangebote, Kindergärten, Schulen, Arbeitsmöglichkeiten für die Partnerin/den Partner), Herausforderungen im Berufsalltag und Arbeitsbedingungen sowie auch die Bezahlung.

Drohende Unterversorgung in der ambulanten medizinischen Versorgung

Der rechnerische vertragsärztliche Versorgungsgrad im Landkreis Oberspreewald-Lausitz sowie in der Region Spreewalddreieck ist derzeit in allen Facharztgruppen noch zufriedenstellend.¹ Jedoch ist die regionale Verteilung der Ärzte ungleichmäßig.

Um den Problemen der aktuellen Bedarfsplanung zu begegnen, muss diese künftig die Demografie und Morbiditätsentwicklung stärker berücksichtigen und auf lokale Disparitäten angemessen reagieren, d.h., flexibel und kleinräumig gestaltet werden. Hierfür sind Maßnahmen auf Bundesebene erforderlich.

¹ Die Bedarfsplanungsrichtlinie der Kassenärztlichen Vereinigung definiert Unterversorgung bei einem Versorgungsgrad unter 75 Prozent für Haus-, Kinder- und Frauenärzte bzw. unter 50 Prozent für die anderen Arztgruppen.

Sicherung der Kontinuität und Qualität von Angeboten der Jugendarbeit, Seniorenbetreuung etc.

Die Sicherung der Kontinuität und Qualität von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenbetreuung usw. wird unter den demografischen Rahmenbedingungen zusehends schwieriger.

Im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe haben die unterschiedlichen Träger Stadt und Landkreis sowie Land und Bund unterschiedliche Auffassungen über die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung und Leistungsgestaltung. Rechtliche Rahmenbedingungen und eine zumeist projektgebundene Finanzierung erschweren die Arbeit und die Kontinuität von Angeboten. Leistungen in der Jugendhilfe beispielsweise werden vor allen Dingen von freien Trägern erbracht, deren Leistungsvereinbarungen in der Regel aus haushaltsrechtlichen und u. a. qualitativen Gründen befristet sind. Dies erschwert eine auf Langfristigkeit und Kontinuität basierende, qualitativ hochwertige Arbeit.

Durch die steigende Zahl chronisch und degenerativ erkrankter Pflegebedürftiger werden die Grenzen zwischen medizinischer Betreuung und Pflege zunehmend verschwimmen. Somit wird die ganzheitliche Betreuung älterer Menschen stärker in den Mittelpunkt rücken – von der medizinischen Behandlung über die pflegerische Betreuung bis hin zur Förderung der soziokulturellen Teilhabe. Mit der stetig zunehmenden Pflegebedürftigkeit wächst der Bedarf an Prävention zur Vermeidung von Pflegebedarf.

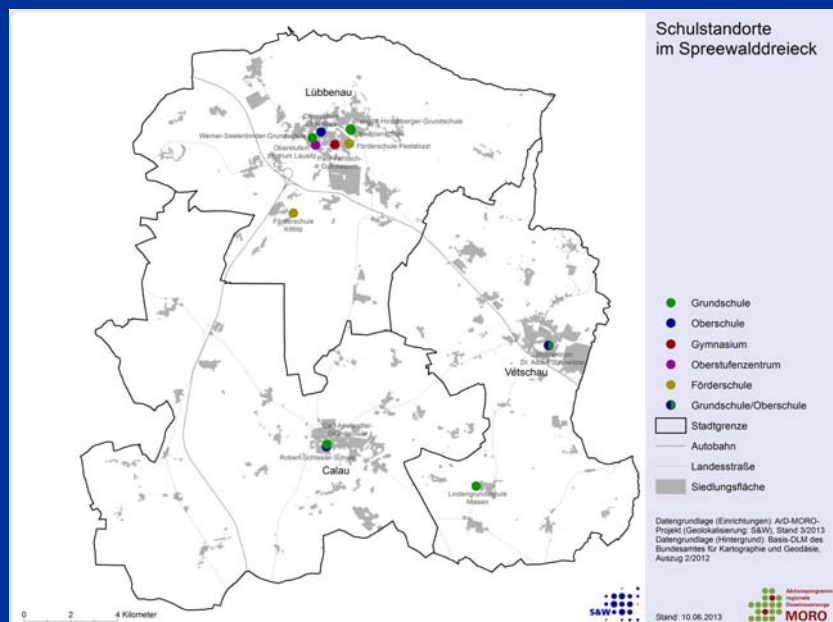
Derzeit besteht durchaus noch ein breites Angebot an sozialen Dienstleistungen, beispielsweise im Bereich Pflege und Betreuung. Allerdings sind diese in aller Regel

nicht miteinander vernetzt und es fehlen zentral abrufbare Informationen zu Angeboten in der Region.

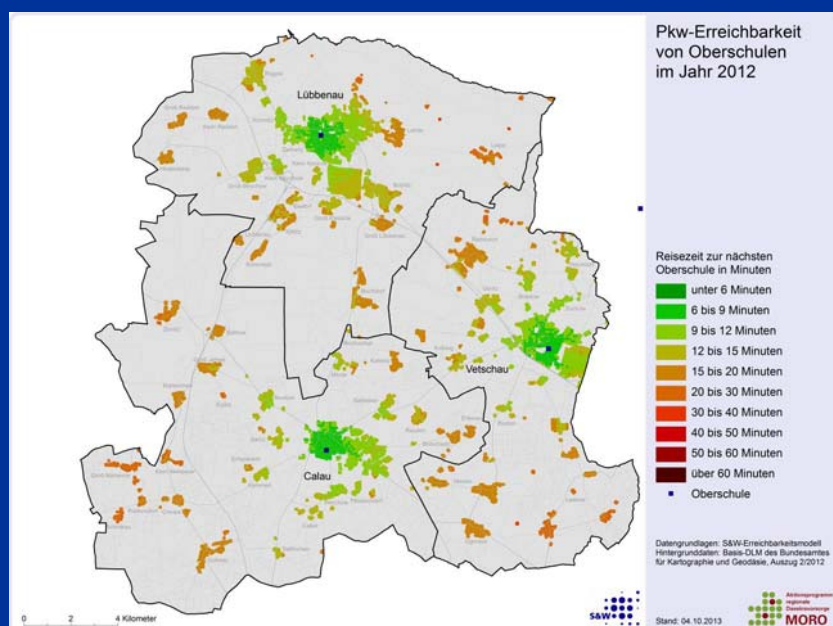
Die Anforderungen an Angebote in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulbildung und Ausbildung, medizinische Versorgung und Seniorenbetreuung sowie Mobilität werden sich in Zukunft verändern. Das frühzeitige Auseinandersetzen mit den Folgen des demografischen Wandels im Rahmen der Erarbeitung der Regionalstrategie bietet den Kommunen der Region die Chance, sich auf die kommenden Veränderungen vorzubereiten und rechtzeitig entsprechende kooperative Maßnahmen zu ergreifen, sofern sie sich in ihrem Einflussbereich befinden.

Exkurs // Erreichbarkeitsmodellierung im Bereich der Oberschulen

Angeichts der zu erwartenden demographischen Veränderungen, die mit einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen verbunden sind, ist die Gestaltung der zukünftigen Bildungsangebote ein wichtiges Thema, das in der Modellregion diskutiert wird.



Die Abbildung links oben zeigt die drei in den jeweiligen Innenstädten befindlichen Oberschulstandorte in Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald. Zusätzlich wurde bei der Erreichbarkeitsmodellierung der Oberschulstandort Burg (Spreewald) mitberücksichtigt.



Die aktuelle Situation der Erreichbarkeit von Oberschulen mit dem Pkw stellt die Abbildung links unten dar. Innerhalb der Innenstädte ist eine größtenteils gute Zu Fuß- oder Fahrrad-Erreichbarkeit von Oberschulen gegeben. Die von den Innenstädten entfernt liegenden Ortsteile weisen eine erkennbar schlechtere Erreichbarkeit von Oberschulen auf.

In Szenarien wurde untersucht, wie sich die Erreichbarkeitswerte bis zum Jahr 2030 verändern und welche Folgen eine Reduzierung der Zahl der Schulstandorte hätte.

Ziele der regionalen Daseinsvorsorge

Die Region Spreewalddreieck will langfristig als Wohn- und Arbeitsstandort für Menschen aller Altersgruppen attraktiv sein.

Die Sicherung eines nachfragegerechten Angebotes an Einrichtungen der Daseinsvorsorge insbesondere in den Bereichen Betreuung, Bildung, Gesundheit und Mobilität ist dazu eine Grundvoraussetzung.

Junge Menschen sollen für die Region gewonnen bzw. in der Region gehalten werden. Dazu sind qualifizierte Arbeitsplätze zwingend notwendig. Daneben ist das qualitativ hochwertige Angebot mit den Ober- und Schulstandorten in den drei Städten und dem Gymnasium in Lübbenau/Spreewald zu sichern.

Die Bildungsangebote sollen den in der Region Spreewalddreieck lebenden Kindern und Jugendlichen gute Entwicklungschancen für das berufliche Leben eröffnen. Die vor Ort aufgebauten und ständig optimierten Angebote für lebenslanges Lernen werden zugleich Wegbereiter für den Erfolg im Beruf sein.

Sichergestellt wird eine Kinderbetreuung, die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft.

In den Bereichen Sport und Freizeit werden sich die Kommunen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und mit alternativen Angebotsformen (z. B. Vereine u. bürgerschaftliches Engagement) unterstützen.

Die Region Spreewalddreieck stellt sich dem demografischen Wandel.

Die medizinische Versorgung wird den Bedürfnissen der größer gewordenen Gruppe der älteren und hochbetagten Menschen

angepasst. Dazu wird in den zentralen Orten ein hinreichendes Angebot für aktive Senioren und an stationären Angeboten der Daseinsvorsorge geschaffen, das Pflegeheimplätze, Altersheime und betreutes Wohnen umfasst. Zugleich werden die ambulanten Dienste bei Bedarf so ausgeweitet, dass sie von zentralen Orten aus auch das Umland durch Leistungstransfers mit abdecken können.

Es wird aber auch das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig sein, u. a. um eine Teilhabe der Senioren am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Die Kommunen beabsichtigen die ehrenamtlich tätigen Menschen aktiv zu unterstützen.

Es wird eine Bündelung und Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in den Kernstädten – verbunden mit einem guten Mobilitätsangebot – angestrebt.

Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald bilden die Konzentrationspunkte der Infrastruktur in der Region Spreewalddreieck. Durch eine weitere bauliche Aufwertung sollen diese Zentren gestärkt werden. Der Aufwertungsprozess wird von einer aktiven Bewohnerschaft und lokalen Netzwerken getragen. Verschiedene infrastrukturelle Einrichtungen der Daseinsvorsorge werden in den Kernorten der Region gebündelt. Der Vorteil besteht in einer relativ guten Erreichbarkeit sowie Verbrauchernähe. Dadurch können auch qualitativ höherwertige Funktionen innerhalb der Region aufrechterhalten bleiben.

Die arbeitsteilige Bündelung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wird zu einer Vergrößerung der räumlichen Einzugsbereiche und zu einer Erweiterung der zumutbaren Wege führen. Dies ist durch den Ausbau ei-

nes leistungsfähigen Verkehrssystems zu kompensieren. Optimierungen im Verkehrssystem (Schiene, Straße, ÖPNV), bspw. durch den Einsatz von Rufbussen, und den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie werden den Rückzug von Einrichtungen aus der Fläche ausgleichen.

Mobile Lösungen in verschiedenen Bereichen werden eine zunehmende Bedeutung erlangen und der wohnortnahen Versorgung dienen. Die medizinische Versorgung wird u. a. durch innovative Lösungen, wie z. B. durch die Einbeziehung von Telemedizin und Gemeindeschwestern mit modernen Telekommunikationsmitteln, sichergestellt.

Vor diesem Hintergrund wird die Region trotz des demografischen Wandels lebenswert bleiben und die Grundversorgung in den Orten sichergestellt.

Im Weiteren werden die in der Region entwickelten Ziele und Lösungsansätze für die vier Themenfelder:

- Innovatives Lernen
- Generationengerechtes Leben
- Gesundheit und medizinische Versorgung
- Mobilität / Barrierefreiheit

vorge stellt.



Landschaft im Spreewald bei Naundorf // © Stadt Vetschau/Spreewald

Innovatives Lernen

Ziele

Primäres Ziel ist die Sicherung eines qualitativ hochwertigen, gut erreichbaren, flächendeckenden und bedarfsorientierten Bildungsangebotes, das ein lebenslanges Lernen ermöglicht und maßgeblich zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region als Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort beiträgt. Dabei ist die Wirtschaftlichkeit, insbesondere das Verhältnis von Unterhalts- zu Mobilitätskosten, zu beachten. Ferner ist zu berücksichtigen, dass eine Schließung von Schulstandorten negative Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Umfeld der Städte hätte, bspw. das Vereinsleben, Arbeitsgemeinschaften, Feuerwehr sowie Patenschaften, und auf die Attraktivität der Städte als Wohnstandort.

Im Primärbereich haben Ortsnähe und Erreichbarkeit eine sehr hohe Bedeutung, deshalb sollen flächendeckend möglichst viele Grundschulstandorte mit guter Erreichbarkeit in der Region erhalten werden.



Im Sekundärbereich hat die Unterrichts- und Ausbildungsqualität höchste Priorität. Es sind deshalb alle Möglichkeiten auszuschöpfen, eine hohe Qualität und eine gute Erreichbarkeit miteinander zu verbinden. Für eine Heranführung der Jugendlichen an das Berufsleben sind eine Kooperation mit berufsbildenden Schulen und ausbildenden Unternehmen zu suchen und Chancen für

eine Reaktivierung des Berufsschulstandortes in Lübbenau/Spreewald zu prüfen. Ziel ist es, die Sensibilität der Schüler für wirtschaftliche Prozesse zu fördern und ihr Verständnis für politische und gesellschaftliche Abläufe auszubilden. Außerdem sollen Anforderungen der Berufswelt vermittelt werden.

Die Schulen spielen schon jetzt eine große Rolle für das gemeinschaftliche Leben in den Städten. Sie sind in der Region positiv besetzt und sozial intakt. Ziel ist es, die Schulen zu Orten des Lebens und des Lernens zu entwickeln und mit ganztätigen sowie multiprofessionellen Angeboten für das Gemeinwesen zu öffnen. Damit soll auch dem Konzept des lebenslangen Lernens, das Menschen befähigen soll, während ihrer gesamten Lebensspanne eigenständig zu lernen, Rechnung getragen werden.

Lösungsansätze

Wenn die Region Spreewalddreieck nicht aktiv wird, kann es aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen zu einer Zentralisierung von Schulstandorten und Schulschließungen kommen. Soll das Ziel der Sicherung der Oberschulstandorte in den drei Städten erreicht werden, ist die Region gefordert, gemeinsam an der Entwicklung neuer Modelle zur Organisation des Schulbetriebes mitzuwirken.

Oberschulen durch stärkere Kooperation erhalten

Der Erhalt der Oberschulen trägt dazu bei ein wohnortnahes Bildungsangebot vorzuhalten, das unter einem zumutbaren Zeitaufwand erreicht werden kann. Dazu wird jedoch eine regionale Arbeitsteilung im Kursangebot erforderlich sein, da an den einzelnen Schulen ansonsten aufgrund ihrer Größe nur ein begrenztes Angebot an Kur-



AG Innovatives Lernen // © B.B.S.M. mbH

sen möglich wäre. Gleichzeitig wird durch den Erhalt der Oberschulen das soziale und kulturelle Leben der drei Städte gestärkt.

Zudem verfügen alle drei Schulstandorte aufgrund getätigter Investitionen über die erforderliche technische Ausstattung.

Oberschulen profilieren

Die Schulen sollten ihr Profil mit den Potentialen stärken, die sie in ihrer Umgebung vorfinden und auf diese Weise ihrem Standort und der Region positive Impulse vermitteln. Sie sollten Alleinstellungsmerkmale hervorheben und eigene Schwerpunkte setzen, auch in Abgrenzung zum Gymnasium. Kernelement der Stärkung der Oberschulen sollte die Konzentration auf ausgewählte Fächer (Spezialisierung) zur Vermeidung von Parallelausbildungen sein. Vorgeschlagen wird eine enge Kooperation und Arbeitsteilung der drei Schulen im Kursangebot, bspw. in den Naturwissenschaften oder Fremdsprachen. Des Weiteren sind die offenen Ganztagsangebote weiter auszubauen.

Kooperation Grundschulen/Oberschulen (Schulverbünde) anstreben

Es wird eine engere Zusammenarbeit von Grund- und Oberschulen angestrebt. Dazu wird die Bildung von Schulverbünden, die eine enge Zusammenarbeit der Schulen untereinander auf den verschiedensten Gebieten zulassen, insbesondere in Städten mit einer Grund- und Oberschule vorgeschlagen. Bei dieser Form der Kooperation würden vorhandene Ressourcen (zum Beispiel Lehrpersonal, Verwaltung, Förderangebote, Ganztagsbetrieb) gemeinsam genutzt. Dazu gehören u. a. die gegenseitige Abordnung von Lehrkräften sowie eine intensive Absprache zu einzelnen Fächern. Durch Schulverbünde können kleinere Schulbeziehungsweise Bildungsstandorte erhalten werden. Eine Oberschule im Verbund mit einer Grundschule verfügt über ein größeres Lehrerkollegium (Lehrerpool) und kann Lehrerausfälle besser kompensieren.

Gemeinschaftsschule als Schule von Klasse 1 bis 10 einrichten

Ergänzend zur engeren Kooperation von Grund- und Oberschulen kann auch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen geprüft werden. Unter einer Gemeinschaftsschule wird ein struktureller Zusammenschluss von Schulen verstanden, in dem Kinder und Jugendliche vom 1. bis zum 10. Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden. Sie ist, vergleichbar mit der Gesamtschule, eine schulformverbindende Alternative der Primar- und Sekundarstufe zu dem bestehenden, die Schüler trennenden Schulsystem.

Schulalltag und Unterricht an kleinen Schulen umgestalten

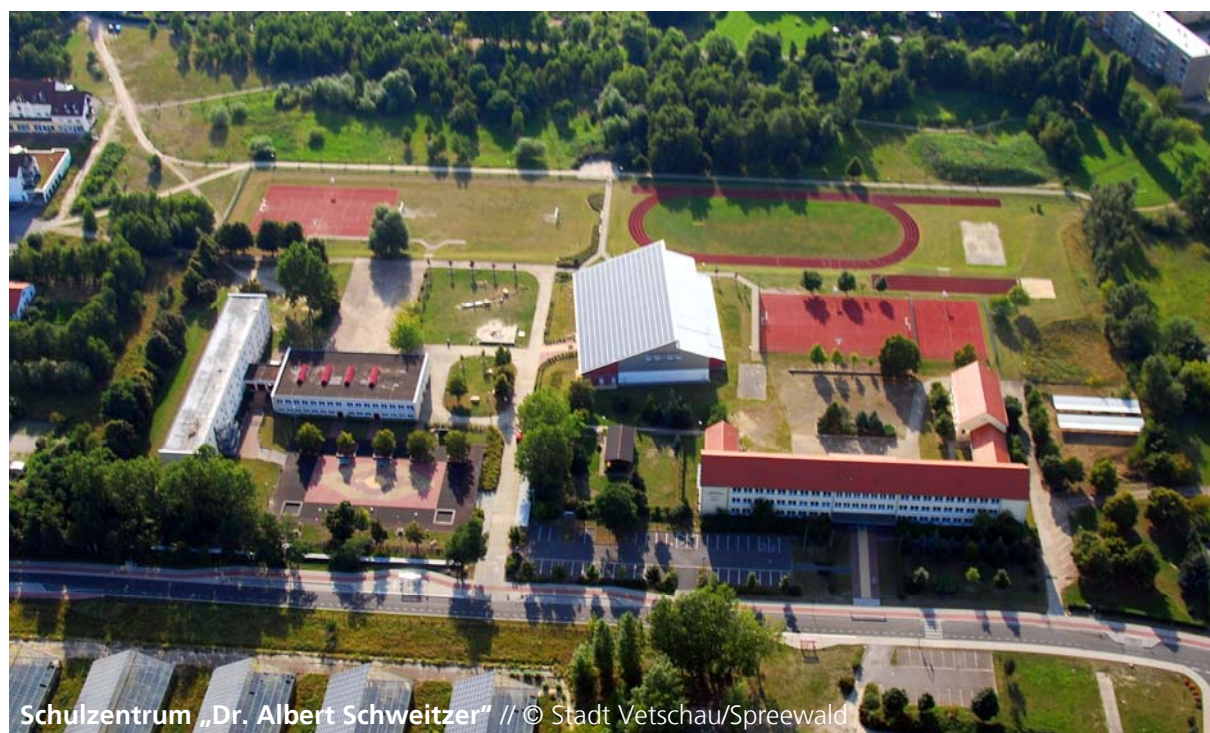
Der Erhalt von kleinen Schulstandorten erfordert die Auseinandersetzung mit der Gestaltung des Schulalltages und des Unterrichts. Möglichkeiten den Schulalltag bei sinkenden Schülerzahlen neu zu organisieren sind jahrgangsübergreifender Unterricht und eine flexible Schuleingangsphase.

Rolle des Gymnasiums definieren

Im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen sollte auch die Rolle des Gymnasiums in Lübbenau/Spreewald in die Diskussion einbezogen werden. Dies betrifft bspw. eine mögliche Reduzierung der Zügigkeit, wenn die Zahl der Schüler zurückgeht. Derzeit ist das Gymnasium 4-zügig. In absehbarer Zeit sollten keine Begabtenklassen ab Klasse 5 mehr gebildet werden, um auch die Grundschulen und Oberschulen im Bestand zu schützen.

Kooperation mit außerschulischen Partnern (Kita, Musikschulen, Volkshochschulen) eingehen

Die Schulentwicklungsplanung muss im Gesamtkontext der regionalen Entwicklung verortet sein und mit den kommunalen Fachplanungen verknüpft werden (zum Beispiel der Schülerbeförderung, frühkindlichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit). Durch die Kooperation mit außerschulischen Partnern kann Schule als Ort der Bildung und Erziehung gestärkt werden, indem dort insbesondere Träger der Jugendarbeit und





Vereine ihre Angebote vorhalten und Kulturarbeit zum Beispiel durch Musikschulen sowie Elternbildung stattfinden kann. Der Ausbau von Ganztagschulen bietet dafür gute Voraussetzungen.

Aktivitäten im Bereich Schule/Wirtschaft qualifizieren und verstetigen

Wichtig ist die weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen und Betrieben. Solche Kooperationen dienen der Berufsvorbereitung von Jugendlichen. So kann Jugendlichen bei der Berufswahlorientierung geholfen und Entwicklungsperspektiven nach dem Schulabgang aufgezeigt werden. Sinnvoll sind langfristig angelegte Kooperationen, die in den Schulunterricht integriert werden. Sogenannte „Lernpartnerschaften“ zwischen Unternehmen und Schulen ermöglichen Lehrern die Gestaltung eines praxisnahen Unterrichts. Auch die Durchführung von Unternehmertagen in den Schulen sowie Praktika in den Unternehmen sind zu unterstützen. Dabei

sind auch das Handwerk und die Landwirtschaft mit einzubeziehen.

Anforderungen an die Inklusion erproben

Zur Erprobung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung als Teilbereich einer inklusiven Pädagogik sind weitere Modellprojekte in der Region erforderlich. Insbesondere kleine wohnortnahe Schulstandorte sind dafür geeignet. Im Sekundarbereich I ist der Erhalt der drei Ober- und Schulstandorte wegen der Inklusion standortnah sinnvoll.

IT-unterstützte Lernangebote einführen

Auch IT-unterstützte Lernangebote können eine Lösung sein, wenn die Schülerzahlen sinken und Mindestklassengrößen unterschritten werden. So können mit Hilfe des Internets Kinder einer Klasse durch das Lehrpersonal unterrichtet werden, ohne dass sie sich alle an einem bestimmten Standort in der Region aufhalten müssen.

Generationsgerechtes Leben

Ziele

Ziel ist die qualitative und quantitative Verbesserung der Angebote der Kinderbetreuung, Jugend- und Seniorenarbeit für Menschen mit und ohne Behinderung im ländlichen Raum. Dabei sind neue, flexible, Vielfalt gewährende und qualitativ hochwertige Angebote für alle Generationen unter den demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu entwickeln. So sollen beispielsweise die Leistungsangebote der Kindertagesbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Die Region ist im Interesse ihrer Zukunftssicherung entschlossen, den Rückgang der Kinderzahlen in den relevanten Altersgruppen nicht als Einsparpotential zu sehen, sondern die aktuellen Standards zu halten und den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung bedarfsgerecht zu erfüllen. Die Region leidet unter Abwanderung und Überalterung. Maßnahmen zur Verbesse-

rung der Familien- und Kinderfreundlichkeit haben deshalb oberste Priorität.

Durch die Bündelung der Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit in den Kernstädten, bspw. in Mehrgenerationenhäusern, sollen neuen Qualitäten geschaffen und Synergien genutzt werden. Zu berücksichtigen sind dabei die Schulstandorte, die sich zu Orten des Lebens und Lernens entwickeln und mit ganztägigen sowie multiprofessionellen Angeboten für das Gemeinwesen öffnen sollen.

Lösungsansätze

Kontinuierliche Finanzierung sichern

Die Vernetzung der Städte ist zu intensivieren, die Kooperation voranzutreiben und langfristig eine gemeinsame Finanzierung der Angebote zu gewährleisten. Dabei sind die Stärken der Region heraus zu arbeiten und besonders zu fördern. Die kontinuierliche Finanzierung ist besonders wichtig und genießt höchste Priorität. Hier sind Bund,



Kindervorlesetag // © Stadt Calau



AG Generationsgerechtes Leben // © B.B.S.M. mbH

Land, Landkreis und Kommunen gefordert. Daneben sind weitere Träger für eine Finanzierung, wie bspw. die Sozialverbände, zu gewinnen.

Mit den Leistungserbringern, bspw. der Jugendhilfe, sollten mittelfristige (drei bis fünf Jahre) Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Zur Flexibilisierung der Leistungserbringung sollten feste Budgets ausgehandelt werden.

Zentrale Anlaufstelle einrichten und Informationsplattform für Region entwickeln

Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle bietet die Möglichkeit, Informationen für alle Generationen, bspw. im Bereich der Jugend- oder Seniorenarbeit, vorzuhalten. Die Anlaufstelle kann auch als Ehrenamt-/bzw. Freiwilligenagentur dienen sowie alle Angebote rund um das Thema Mobilität vernetzen.

Darauf aufbauend ist eine internetbasierte Informationsplattform in der Region geplant, die u. a. spontane und flexible Mit-

fahrgelegenheiten über das Internet vermittelt oder Informationen rund um die Themen Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit bereit hält. Dazu ist es unabdinglich, dass die Informationen leicht zugänglich und abrufbar sind, beispielsweise über eine Applikation auf fest installierten Multimediageräten in Mehrgenerationenhäusern oder dem Smartphone.

Nachbarschaftshilfe/Ehrenamt ausbauen

Zukünftig wird zunehmend das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger gefragt sein. Notwendig ist dies besonders für die Unterstützung der älteren Menschen im Alltag, die neben der medizinischen Betreuung zum Wohlbefinden auch auf sozio-kulturelle Teilhabe, intergenerationale Solidarität und Mobilität angewiesen sind. Hier können nachbarschaftliche Netzwerke einen wesentlichen Beitrag leisten.

Ehrenamtlich engagierte Menschen sollten sich seitens der Gemeinde weiterhin ernst genommen und unterstützt fühlen, daraus

entsteht ein Gefühl der Anerkennung, das die Motivation steigert. Dazu gehört auch die öffentliche Auszeichnung von Personen, die sich durch ihr ehrenamtliches Engagement hervorgetan haben, beispielsweise im Rahmen einer Benefizveranstaltung. Daneben könnte darüber nachgedacht werden, langfristig ehrenamtlich tätigen Bürgern eine Reihe von Vergünstigungen wie kostenlose oder vergünstigte Eintritte in Museen, Schwimmbäder etc. zukommen zu lassen.

Freiwilliges Engagement ist als Ergänzung gedacht und kommt dann an seine Grenzen, wenn es darum geht, vorhandene Infrastrukturangebote durch ehrenamtliche Strukturen zu ersetzen. Vielmehr kann es niedrigschwellige Hilfsmöglichkeiten ohne kommerziellen Hintergrund zur Unterstützung der Alltagsbewältigung leisten.

In einigen Kommunen im Land Brandenburg hat sich die Schaffung von Freiwilligenagenturen bewährt, die zur ehrenamtlichen Tätigkeit anregen, dafür werben und diese or-

ganisieren. Neben der Information, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen, gibt es Informationen über Freiwilligendienste, werden Organisationen beraten, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit angeboten sowie neue und innovative Freiwilligenprojekte initiiert. Dabei sind die denkbaren Einsatzmöglichkeiten sehr vielfältig und reichen von Sozialen Diensten über Kultur und Sport, Kinderbetreuung oder Nachbarschaftshilfe. Auch Informationen zum Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahren könnten Bestandteil der Beratung sein.

[Gemeinsamer Bedarfsplan für die Region \(Kita, Jugendbetreuung, Seniorenarbeit\) erarbeiten](#)

Zur besseren Koordinierung sollte anstatt drei verschiedener Bedarfspläne der Städte ein gemeinsamer Bedarfsplan für die Region in den Bereichen Kinderbetreuung und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sowie Seniorenarbeit erstellt werden. Dies ist die Grundlage, um in der Region Spreewalddreieck eine hochwertige, bedarfsgerechte und ver-



lässliche Betreuung für alle Generationen zu sichern. An der Erarbeitung, Abstimmung und Beschlussfassung sollten alle Altersgruppen verbindlich beteiligt werden.

Gemeinsamen Sozialatlas erstellen

Da es Informationsdefizite über das regionale Angebot in den Bereichen Kinderbetreuung, Jugendarbeit und Seniorenbetreuung gibt, sollte ein gemeinsamer Sozialatlas erstellt werden, der als Wegweiser für soziale aber auch kulturelle und sportliche Einrichtungen der Region Spreewalddreieck dient. Es könnten thematisch geordnet u. a. soziale Einrichtungen, soziale Dienste, Beratungsstellen, Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, kulturelle Einrichtungen, Kulturvereine und Sportvereine mit einem Kurzporträt, das u. a. Aussagen zu Leistungen, Zielgruppe, Ansprechpartner, Telefonnummern, Öffnungszeiten usw. enthält, vorgestellt werden.

Netzwerke etablieren

Neben schon bestehenden Netzwerken in der Region, wie beispielsweise das „Netzwerk Gesunde Kinder“, das als Unterstützungssystem für werdende und junge Familien konzipiert ist und auf dem Zusammenwirken von ehrenamtlich Tätigen und vor Ort tätigen Fachkräften basiert, müssen zusätzlich neue Netzwerke etabliert werden,



um weiterhin qualitativ hochwertige Angebote für alle Generationen vorhalten zu können.

Synergien der Generationen nutzen, Partnerschaften Jung und Alt

Für Menschen verschiedener Altersgruppen kann ein Mehrgenerationenhaus Raum bieten, sich ungezwungen zu begegnen und gegenseitig von den Kompetenzen des jeweils anderen zu profitieren. Es vernetzt Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen in der Region und wird so zu einer lokalen Drehscheibe – auch für haushaltsnahe Dienstleistungen. Dort treffen sich Angebot und Nachfrage. In einem Mehrgenerationenhaus arbeiten Freiwillige und professionelle Kräfte eng zusammen. Nur so kann das angeboten werden, was vor Ort auch tatsächlich benötigt wird. Auf diese Weise bieten Mehrgenerationenhäuser ein Forum, in dem private und freiwillige Initiativen mit staatlichen Leistungen verbunden werden können. Folgende Angebote sind vorstellbar:

- Ein Café bietet Frühstück, Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen an – offen für Menschen aller Lebensalter. Brett- und Kartenspiele sind im Angebot.
- Eltern-Kind-Gruppen werden betreut.
- Nachtaktiv-demenzranke Menschen, die oftmals nachts keine Ruhe finden, können in einem Nachtcafé gemeinsam Zeit verbringen.
- Börse für Dienstleistungen – mit Hilfe von Karteikästen, schwarzem Brett und dem Internet werden beispielsweise Angebote zu handwerklicher Hilfe im Haushalt und Garten angeboten.
- Junge Erwachsene organisieren „Senioren auf Räder“ – sie bieten Älteren und Hochbetagten einen Fahrdienst ins Mehrgenerationenhaus, anstatt ihnen Essen in die Wohnung zu liefern.
- Daneben könnten Angebote von Eltern/Familienbildung, gemeinsame

Spielkreise und generationsübergreifende Erlebnisprojekte fester Bestandteil der Angebotspalette sein.



Jugendliche in Vetschau/S. // © Stadt Vetschau/S.

Zwei Mehrgenerationenhäuser befinden sich bereits in der Region, u. a. in Lübbenau/Spreewald und in Vetschau/Spreewald. Weitere sollen folgen.

Mehrgenerationenspielplatz einrichten

Ein Mehrgenerationenspielplatz ist ein Freizeitangebot mit Elementen eines Trimm-Dich-Pfads bzw. Spielplatzes und ergänzt als integraler Bestandteil von Parks oder Grünanlagen das übrige Freizeitangebot. Sie sind speziell auf Aktivitäten älterer Menschen mit entsprechenden Spiel- und Trainingsgeräten ausgerichtet. Einige Einrichtungen sind mit Kinderspielplätzen vereint.

Ähnlich dem Mehrgenerationenhaus sollen durch die Mehrgenerationenspielplätze generationsübergreifende Aktivitäten gefördert und zusätzliche Begegnungsorte für Jung und Alt geschaffen werden.

Die Einrichtung weiterer Mehrgenerationenspielplätze, neben dem bestehenden in Lübbenau/Spreewald, ist in der Region Spreevalddreieck geplant.

Wohnprojekte für alle Altersgruppen verbessern

Wohnungsangebote für ältere Menschen sind qualitativ zu verbessern. Das An-

spruchsniveau – gerade auch der älteren Menschen – in Bezug auf das Wohnen ändert sich. Um selbstbestimmt und mit Freunden alt zu werden, rücken immer mehr Hausgemeinschaften, betreute Wohngruppen und Seniorenwohngemeinschaften in den Fokus, was auch zu einer Herausforderung für die Wohnungswirtschaft geworden ist.

Darüber hinaus sind für ältere Menschen geeignete und bezahlbare Wohnungen, gegebenenfalls auch in Kombination mit Pflegeeinrichtungen, anzubieten. Die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen nach Sicherheit, Komfort und weitgehender Barrierefreiheit sind bei der künftigen Sanierung des Wohnungsbestandes zu berücksichtigen.

Partnerschaften Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Familienfreundlichkeit ist mittlerweile ein wichtiges Qualitätsmerkmal für Betriebe. Die Kindertagespflege kann hierfür eine interessante Möglichkeit für ortsansässige Unternehmen und Betriebe sein. Diese können die Kindertagespflege gezielt fördern und ihre Beschäftigten dadurch effektiv unterstützen. Dafür bieten sich verschiedene Maßnahmen an, die teils schon mit geringem Engagement und niedrigen Kosten umgesetzt werden können und sich auch kombinieren lassen. Erste positive Beispiele in der Region sind bereits in Planung.



Betreute Kinder in Lübbenau/S. // © Stadt Lübbenau/S.

Gesundheit/medizinische Versorgung

Ziele

Ziel ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung und Pflege, die mit zumutbarem Aufwand in Anspruch genommen werden kann und insbesondere die Bedürfnisse einer zunehmend älteren Bevölkerung berücksichtigt. Dazu sollten Möglichkeiten der Vernetzung vorhandener ambulanter und stationärer Strukturen im Bereich der medizinischen Versorgung sowie die Kombination sozialer Innovationen mit technischen Lösungen geprüft werden.

Lösungsansätze

Medizinisches Versorgungssystem mit der Pflege verzahnen

Die steigende Zahl chronisch und degenera-

tiver Pflegebedürftiger macht eine bessere Verzahnung des medizinischen Versorgungssystems und der Pflege erforderlich, beispielsweise in Form von Kooperationen zwischen Haus- und Krankenhausärztinnen und -ärzten beziehungsweise Medizinischen Versorgungszentren und ambulanten wie (teil-)stationären Pflege- und Gesundheitseinrichtungen. Gerade im ländlichen Raum kann durch eine ganzheitliche Betreuung der Älteren oftmals eine Verlegung in ein Krankenhaus vermieden werden.

Im ambulanten Bereich müssen Modelle entwickelt werden, durch die sich die Arbeit von ärztlichem Personal und Pflegeeinrichtungen besser verknüpfen lässt.

Vorhandene Strukturen vernetzen

Die Sicherstellung der medizinischen Grund- und Notfallversorgung wird nur über ein funktionierendes Netzwerk zu erreichen sein. Gerade in dünn besiedelten Bereichen





AG Gesundheit/medizinische Versorgung // © B.B.S.M. mbH

müssen dabei alle Beteiligten zusammenwirken. Neben den staatlichen Akteuren gilt dies für Kassen, Kassenärztliche Vereinigung und die ambulanten und stationären Einrichtungen.

Insbesondere zwischen ambulant und stationär tätigen Medizinern wäre eine engere Verknüpfung denkbar, wenn bspw. junge Ärzte, die Möglichkeit hätten in Krankenhäusern auch Operationen ausführen zu können, während ältere, über viele Jahre in Krankenhäusern tätige Mediziner möglicherweise gerne in der ambulanten Versorgung tätig sein würden. Es sollte versucht werden solchen individuellen Wünschen möglichst entgegenzukommen, um Ärzte in der Region zu halten.

Nachwuchs im medizinischen Bereich generieren

Um den drohenden Ärztemangel abzumildern, sollte der Nachwuchs an Medizinerinnen und Mediziner aus der Region aktiv für die Region gewonnen werden. Denkbar ist

die Initiierung von Stipendienmodellen für Medizinstudenten aus der Region. Als Gegenleistung könnten die Studenten verpflichtet werden, während des Studiums Leistungsnachweise zu erbringen, Praktika in der Region zu leisten und nach erfolgreichem Abschluss des Studiums mindestens drei Jahre lang in der Region zu arbeiten.

Arztentlastende Fachkräfte einsetzen

Allein durch den Aufbau einer verstärkten hausärztlichen Versorgung lassen sich insbesondere die zu erwartenden Anforderungen an eine flächendeckende Grundversorgung nicht abdecken. Deshalb muss die Entlastung maßgeblich durch andere Berufsgruppen in der Grundversorgung ermöglicht und verbessert werden, indem die Delegation von Leistungen und Aufgabenübertragung an nichtärztliche Berufsgruppen stärker vorangetrieben und die Rahmenbedingungen dafür weiter verbessert werden.

In Brandenburg besteht ein Modellprojekt nach dem sogenannten AGnES-Konzept.

AGnES steht für **a**rztentlastende, **g**emeinden**a**he, **E**-Healthgestützte, **s**ystemische Intervention. Die Arztentlastung wurde durch die Delegation ärztlicher Leistungen auf entsprechend qualifizierte nichtärztliche Fachkräfte des Praxisteam erreicht. Die AGnES-Fachkraft führt die delegierten ärztlichen Leistungen in der Häuslichkeit der Patientinnen und Patienten durch. Dieses Modellprojekt ist bisher allerdings auf unterversorgte Regionen begrenzt. Ausgehend von einer Auswertung der gesammelten Erfahrungen sollte dieses Modell in die Regelförderung integriert und auf alle ländlichen Regionen ausgeweitet werden.

Unter dem Titel AGnES II haben AOK Nordost bzw. BARMER GEK und KV Brandenburg ein weiteres Modellprojekt in diesem Feld mit dem Schwerpunkt auf Case- und Schnittstellenmanagement aufgelegt. Die Praxisassistentinnen sind für spezielle Aufgaben des Managements ausgebildet (Koordination von Terminen bei anderen Ärzten, Ausfüllen von Formularen, Stellen von Anträgen etc.). In der Modellphase wurden die Fallmanagerinnen auch im Medizinischen Versorgungszentrum in Lübbenau/Spreewald eingesetzt. Das Modell sollte ebenfalls in die Regelförderung überführt werden.

Unterstützung durch Kommunen anbieten

Um Medizinerinnen und Mediziner – unabhängig von ihrem Studienort – von den Vorzügen einer Berufstätigkeit in der Region Spreewalddreieck zu überzeugen, sind eine hohe Lebensqualität und möglichst attraktive Arbeitsbedingungen von entscheidender Bedeutung. Dies betrifft zum Einen die Infrastruktur. Es können aber auch die Arbeitsbedingungen der Mediziner günstig gestaltet werden, indem die Organisation des Berufes erleichtert und Unterstützung bei der Bereitstellung von Räumen, Personal und

technischen Geräten angeboten wird. Zum Anderen besteht die Möglichkeit der Unterstützung bei der Wohnungssuche und bei der teilweise kostenfreien Bereitstellung von Wohnraum, die Beteiligung oder Übernahme der Umzugskosten, die Gewährung von Darlehen zur Einrichtung, die Bereitstellung von Kindertagesplätzen, Hilfe bei der Integration von ausländischen Ärzten (u. a. Hilfe bei Behördengängen, Anbieten von Sprachkursen) usw.

Für Ärztinnen und Ärzte kann eine Tätigkeit in einem Medizinischen Versorgungszentrum in Form einer Festanstellung unter den Gesichtspunkten planbarer Arbeitszeiten, Entlastung von Verwaltungstätigkeit und fachlicher Austausch eine sehr interessante Alternative zur Niederlassung sein. Die Anstellung von Ärzten könnte auch durch die Kommunen erfolgen.

Markt für Gesundheitsurlaub (Wellness/Spa) erschließen

Entsprechend dem Destinationsmanagementkonzepts für die Region Spreewald vom Mai 2010 möchte sich die Region unter dem Leitbild „Spreewald – Die.Bio.Vital.Region – bezahlbarer nachhaltiger Gesundheitstourismus in einmaliger Naturlandschaft“ weiterentwickeln. Mit diesem Leitbild sollen vor allem Touristen mit einer Ausrichtung ihrer Lebensweise auf Gesundheit und Nachhaltigkeit angesprochen werden. Hieraus können sich neue Arbeitsfelder für die Ärzte der Region ergeben und damit helfen, die Bedarfsrückgänge durch die demografische Entwicklung zu kompensieren.

Freiwilliges Engagement fördern

Neben einer hochwertigen medizinischen Betreuung ist auch das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger gefragt, um älteren Menschen Unterstützung im All-



Medizinisches Zentrum Lübbenau // © Stadt Lübbenau/S.

tag anbieten zu können. Die Möglichkeiten des „klassischen“ Engagements sind aber so gut wie ausgelotet und geraten an ihre Kapazitätsgrenzen. Engagement im familiären und ehrenamtlichen Bereich oder in informellen Quartiersstrukturen ist eine freiwillige Aufgabe, die zumutbar bleiben muss. Deshalb ist es in diesem Bereich bei steigenden Pflegezahlen erforderlich, Ehrenamt auf eine breite Basis zu stellen und besser zu unterstützen und zu finanzieren.

Informationsabläufe, Organisation und Management sollte in der Sozialplanung der Städte eine Rolle spielen, um bereits ehrenamtlich Tätige zu unterstützen und Leute gezielt anzusprechen, die sich engagieren wollen, aber weder Zugang noch Übersicht haben, was und wo etwas zu tun ist. Außerdem sollten Aufwandsentschädigung, Weiterbildung, Zusammenhalt und Verknüpfung, feste Ansprechpartner sowie Würdigung und Ehrung selbstverständlich sein.

Mobilität/Barrierefreiheit

Ziele

Ziel ist eine gut ausgebaute und barrierefreie Verkehrsinfrastruktur, die einen effizienten Transport von Gütern und Personen sicherstellt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Aufrechterhaltung eines bedarfs- und qualitätsgerechten Nahverkehrsangebots auch in der Fläche von besonderer Bedeutung. Dazu sollen die Mobilitätsangebote vor Ort verbessert sowie innovative und demografiefeste Angebote entwickelt werden. Alternative Angebote zum konventionellen Linienbusverkehr sind für Gebiete mit wenigen Fahrgästen bzw. in Zeiten, in denen kein umfangreiches Angebot vorliegt, bspw. mit Hilfe eines Mobilitätsmanagements zu entwickeln.

Lösungsansätze

Städtebuslinie einführen

Zur besseren Erreichbarkeit und als Voraussetzung zur arbeitsteiligen Vorhaltung von Infrastruktureinrichtungen könnten die drei Städte über eine Städtebuslinie miteinander verbunden werden.

Vorhandene und neue Benutzergruppen binden und erschließen

Eine Möglichkeit zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist die Kundenbindung und Gewinnung neuer Kunden durch bedarfsgerechte Fahrten zu punktuellen Infrastrukturen (wie Krankenhäusern, Ärztehäusern, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Sportstätten, Friedhöfen usw.) auch an Tagesrandzeiten und am Wochenende. Dies könnte auch in Kooperation mit vorhandenen Taxi- und Mietwagenunternehmen erfolgen.

In der Region spielt der Tourismus aufgrund der Lage im Spreewald eine wichtige Rolle. In der Perspektive 2030 ist daher im Rah-

men von Tourismuskonzepten zu prüfen, wie die ÖPNV-Angebote auch für Touristen attraktiver gestaltet werden können.

Die Ausrichtung auf neue Märkte könnte neue Partnerschaften mit Tourismus, Hotellerie, Gastronomie sowie Kultur- und Sportveranstalter ermöglichen. Ein solches Angebot müsste durch eine bedarfsgerechte Gliederung der Tarifgebiete, Kurzstreckenabonnements und Taktverkehre untersetzt werden.

Nachbarschaftshilfe/Fahrgemeinschaften unterstützen

Die uneingeschränkte individuelle Mobilität ist entscheidend für gesellschaftlichen Austausch und soziale Teilhabe. Mobilitätsbegleitende Dienstleistungen können daher eine Lösung sein, um Mobilität im hohen Alter zu gewährleisten, in dem Barrieren beseitigt, umgangen oder überwunden werden. So ist zum Beispiel denkbar, dass bei ungünstigen siedlungsstrukturellen Gegebenheiten (zum Beispiel Sackgassensituation) Anwohner den Transfer zum Haltepunkt an der Durchgangsstraße in eigener Regie gegebenenfalls mit Unterstützung des Verkehrsunternehmens organisieren und so das regionale ÖPNV-System wirtschaftlicher machen. Auch Bürgerbusse, die Mitnahme nicht mobiler Nachbarn, Seniorenbegleiterservices sind unterstützungswürdige bürgergesellschaftliche Ansätze zur Verbesserung der Mobilität in dünn besiedelten Regionen. Denn gerade ältere Menschen empfinden den Verlust an Mobilität als deutliche Einschränkung ihrer Lebensqualität. Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist daher die Unterstützung bei der Bewältigung von Wegstrecken elementar.

Daneben sind zur Bildung von Fahrgemeinschaften auch internetbasierte Mitfahrersysteme, wie bspw. „flinc“, stärker in der Re-



Zwischenpräsentation im Bürgerhaus in Vetschau/Spreewald // © B.B.S.M. mbH

gion zu verankern und ihr Bekanntheitsgrad zu steigern.

Personen- und Güterverkehr kombinieren

Die Kombination von Personen- und Güterverkehr könnte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV beitragen. Hierfür erforderlich wäre der Aufbau einer Dispositions- und Mobilitätszentrale, die bisherige Parallelfahrten logistisch verbindet.

Barrierefrei-Stadtplan einführen

Viele Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt. Körperliche Beeinträchtigungen wie Seh- und Hörbehinderungen können das Unterwegssein ebenso erschweren, wie das Mitführen von Kinderwagen, Taschen und Koffern. Barrierefrei bedeutet, den öffentlichen Straßenraum und die Verkehrsmittel so zu gestalten, dass die Hürden für mobilitätseingeschränkte Menschen gering sind.

Viele Straßen, Fußwege und ÖPNV-Haltestellen sind in der Region Spreewald-

dreieck bereits barrierefrei eingerichtet. Weitere folgen nach und nach.

Informationen über Niederflurhaltestellen, abgesenkte Bordsteine an Kreuzungen, barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden und vieles mehr kann ein Barrierefrei-Stadtplan enthalten. Es wird empfohlen, Barrierefrei-Stadtpläne für die drei Kernstädte zu erarbeiten.

Besonderes Augenmerk ist auch auf die Barrierefreiheit der Medien zur Fahrtenplanung und Organisation zu legen. Differenzierte Bedienungskonzepte sind zwar in idealer Weise an die aktuellen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung angepasst, sind aber auch komplexer. Diesem Mehr an Komplexität muss durch geeignete Kommunikationsmaßnahmen und Organisationsstrukturen begegnet werden. Bei der Ausgestaltung ist insbesondere auf die Barrierefreiheit zu achten.

Projekte

Im Rahmen der Erarbeitung der Regionalstrategie konnten schon einige konkrete Projekte in die Vorbereitung bzw. Umsetzung gebracht werden.

An dieser Stelle soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass es trotz aller Bemühungen, die Bürgerinnen und Bürger für den Prozess zu gewinnen, nicht immer gelungen ist, auch Projekte zu initiieren.

Es konnten jedoch kommunale Projekte vorangetrieben werden. Es folgt eine beispielhafte Aufzählung erster vorbereiteter und in Umsetzung befindlicher Maßnahmen:

Mobilitätsmanagement

Im Bereich „Verkehr“ wird derzeit ein gemeinsames Konzept zur Einrichtung eines Mobilitätsmanagements in der Region erstellt. Im Rahmen der Konzepterstellung sollen alle verfügbaren Mobilitätsangebote geprüft und u. a. ermittelt werden, ob und wie

bestehende Angebote fortentwickelt werden können, um den zukünftigen Bedarfen gerecht zu werden.

Es ist beabsichtigt, die Stelle eines Mobilitätsmanagers in der Region zu etablieren. Wo diese Stelle angegliedert wird, bspw. bei einem lokalen Verkehrsunternehmen, ist eine Fragestellung, die im Rahmen des Konzeptes geklärt werden soll. Zur Umsetzung sind weitere Partner, wie bspw. der Landkreis Oberspreewald-Lausitz und Verkehrsunternehmen, zu gewinnen.

Anlaufstelle „Vernetzte Bürgerschaft“

Im Bereich „soziale Versorgung“ soll ein gemeinsames Konzept zur Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle erstellt werden. Durch die Einrichtung einer Anlaufstelle soll die Möglichkeit geschaffen werden, Informationen für alle Generationen zu sozialen und kulturellen Einrichtungen, Diensten und Leistungen zentral vorzuhalten. Die Anlaufstelle soll auch als Ehrenamt- bzw. Freiwilligenagentur dienen und alle regionalen Angebote rund um das Thema Mobilität vernetzen. Zielstellung ist, eine zentrale Anlaufstelle mit zwei Außenstellen bzw. Nebenfilialen einzurichten, die zu allen Angeboten der Daseinsvorsorge im sozialen Bereich sowie der Mobilität Auskunft geben kann. Hierzu sind weitere Partner, wie u. a. Seniorenbeiräte, Sozialverbände und Wohnungsunternehmen, frühzeitig einzubinden.

Umsetzung von Einzelvorhaben

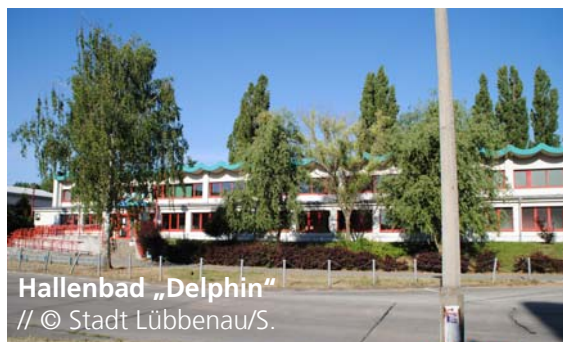
Die Regionalstrategie soll als überörtliche Entwicklungsstrategie die Voraussetzung für eine Umsetzung von Einzelvorhaben schaffen. Dabei sollen auch das Bund-Länder-Programm „Kleinere Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ (KLS) als auch Mittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) in An-



spruch genommen werden. Es ist die Umsetzung folgender Vorhaben geplant:

Teilsanierung Hallenbad „Delphin“

Die Stadt Lübbenau/Spreewald beabsichtigt, das 1973 errichtete Hallenbad „Delphin“ in Lübbenau/Spreewald in den kommenden Jahren schrittweise zu sanieren, um so die Nutzung für die nächsten Jahre zu sichern.



Das Hallenbad wird von gesundheitsbewussten Bürgern der Stadt Lübbenau/Spreewald, Einwohnern der Region, Schulen und Vereinen genutzt. Trotz demografischer Entwicklung hatte das Hallenbad in den letzten drei Jahren stabile Besucherzahlen von 58.500 Gästen pro Jahr. Der Anteil des Schul- und Vereinsports schwankt zwischen 23.000 und 26.000 Sportlern pro Jahr. 26 Schulen der Region nutzen das Angebot im Hallenbad, davon sind nur sieben Schulen aus Lübbenau/Spreewald. Größter Verein ist der PSV Lübbenau/Calau e.V. mit 8.000 Sportlern. Der Anteil von Vereinsnutzern aus anderen Kommunen ist hier ebenfalls hoch. Das Schwimmbad ist das einzige kommunale Hallenbad in der Region.

Sanierung Sommerbad Vetschau

Das Vetschauer Freibad liegt rund einen Kilometer südlich der Altstadt im „Grünen“. Es ist von dieser zu Fuß, per Rad und mit dem ÖPNV erreichbar. Im Einzugsbereich des Bades liegen die Stadt Vetschau/Spreewald mit ihren 10 Ortsteilen und die Stadt Lübbenau/Spreewald mit ihren 13

Ortsteilen, die über kein Freibad verfügt. Außerdem kommen Gäste aus dem angrenzenden Amt Burg (Spreewald) und der Gemeinde Kolkwitz sowie aus Cottbus zum Sommerbad. Die Badeanstalt aus dem Jahr 1927 steht seit August 2013 unter Denkmalschutz und besitzt geschichtliche, städtebauliche sowie baugeschichtliche Bedeutung. Ziel ist es, das Sommerbad für die Zukunft nachhaltig zu ertüchtigen.

Ferienzentrum Friedrichsfelde Calau

Das Ferienzentrum Friedrichsfelde befindet sich ca. 2 km von der Stadt Calau entfernt in einem Waldgebiet und ist stark sanierungsbedürftig. Errichtet wurde die Anlage ca. 1975 für eine schulische und außerschulische Nutzung. Die jetzige Nutzung des Objektes geht weit über eine Feriennutzung hinaus. Die Hauptnutzer dieser Anlage sind Schul- und Hortkinder, Kindergartengruppen, Sportvereine, freiwillige Feuerwehren aus der Stadt Calau und umliegenden Städten und Gemeinden.



Das Objekt wird vorrangig im Sommerhalbjahr für die Projektarbeit der Kinder- und Jugendeinrichtungen und Schulen genutzt.

Fazit

Durch das Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge wurde es den Kommunen ermöglicht, sich inhaltlich intensiv mit den in der Regionalstrategie behandelten Themenbereichen „Innovatives Lernen“, „Generationsgerechtes Leben“, „Gesundheit/medizinische Versorgung“ und Mobilität/Barrierefreiheit auseinanderzusetzen.

Dabei wurde deutlich, dass vor Ort bereits viele Ansatzpunkte vorhanden sind, die regionale Daseinsvorsorge sicherzustellen. Es ging vor allem darum, „Good Practice“-Erfahrungen zusammenzutragen und insgesamt strukturelle Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Weiterentwicklung zu diskutieren. Dies beinhaltete bspw. auch die Diskussion um die Entwicklung neuer Modelle für die Sicherung wohnortnaher Bildungsangebote in einer schrumpfenden Region.

Die Diskussion zur regionalen Daseinsvorsorge ist „vor Ort“ angekommen und wird auch über das Projekt hinaus geführt. Dabei traten auch Konflikte auf, die im Prozess aufgefangen werden mussten.

Bei der Erstellung der Regionalstrategie wurde deutlich, dass die Kommunen bei der Umsetzung von Projekten schnell an ihre Grenzen stießen, da sich einerseits nicht alle Einrichtungen der Daseinsvorsorge in kommunaler Trägerschaft befinden und somit die Einflussmöglichkeiten der Kommunen bei diesen Einrichtungen teilweise gering sind. Andererseits sind auch gesetzliche Regelungen und Verordnungen an veränderte Rahmenbedingungen in schrumpfenden Regionen anzupassen. Handlungsbedarf beim Landkreis Oberspreewald-Lausitz, dem Land Brandenburg und dem Bund wird vor allem in folgenden Bereichen gesehen:

Innovatives Lernen

- (1) Für die Schulbildung sollten seitens des Landes weiterhin klare Qualitätskriterien zentral vorgegeben werden. Die Entscheidung über die konkrete Organisation der Schulbildung zur Erreichung der Ziele sollte aber wesentlich stärker als bisher vor Ort unter Beteiligung der Akteure des Bildungswesens, der Kommunen und der Eltern getroffen werden. Dazu ist eine weitere Stärkung der schulischen Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit erforderlich. Der dezentrale Handlungsspielraum sollte durch die Rahmenbedingungen (bspw. Anpassung der Schulgesetzgebung und Schulentwicklungsplanung) offengehalten werden.
- (2) Für die Umsetzung eigenständiger, regional angepasster Lösungen bedarf es der Beratung und Unterstützung der Akteure vor Ort durch den Landkreis (Schulamt) und das Land.
- (3) Die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen von Klasse 1 bis 10 ist stark von den Aktivitäten des Landes Brandenburg abhängig. Es ist diesbezüglich das Gespräch zwischen den betreffenden Schulen und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zu suchen, um verbindlichere Formen der Zusammenarbeit der Oberschulen mit den Grundschulen zu ermöglichen.

Generationsgerechtes Leben

- (1) Zur Sicherung der Kontinuität von Angeboten, bspw. der Jugendhilfe, sollten bisher zumeist projektorientierte Leistungsvereinbarungen mit einer oft nur kurzfristigen Laufzeit auf mittelfristige Leistungsvereinbarungen mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren umgestellt

werden. Dies würde den Trägern der Jugendhilfe eine größere Planungssicherheit ermöglichen.

Gesundheit/medizinische Versorgung

- (1) Im Gesundheitsbereich ist im Jahr 2013 durch die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg eine Anpassung der Berechnung der Bedarfsplanung, bspw. im Bereich der Hausärzte, erfolgt. Aufgrund der sich verändernden Altersstruktur in der Region mit einem zunehmenden Anteil an Hochbetagten werden jedoch weitere Justierungen erforderlich sein.
- (2) Das Modell der Gemeindeschwester AGnES sollte in die Regelförderung der Krankenkassen aufgenommen werden.

Mobilität/Barrierefreiheit

- (1) Der öffentliche Personennahverkehr ist bisher auf den Schülerverkehr mit festen Taktzeiten ausgerichtet. Die Abweichung vom üblichen Linienverkehr, um flexible Bedienungsformen zu ermöglichen, stellte bisher ein rechtliches und versicherungstechnisches Problem für die Verkehrsgesellschaften dar. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.
- (2) Die Region möchte aktiv am neu aufzustellenden Nahverkehrsplan des Landkreises mitwirken.

Wie geht der Prozess weiter?

Mit dem Abschluss der Regionalstrategie ist der Kooperationsprozess zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt der Lebensqualität im ländlich geprägten Raum der drei Kommunen nicht zu Ende.

Die drei Städte werden sich auch weiterhin gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen. Dazu ist beispielsweise der gemeinsame Abschluss einer Kooperations-

vereinbarung denkbar, mit dem auch der formale Rahmen der Kooperation abgesteckt werden kann.



Die Kommunen werden sich gemeinsam für die Umsetzung ihrer Forderungen gegenüber dem Landkreis, dem Land Brandenburg oder dem Bund einsetzen.

Ansprechpartner

Weiterführende Informationen erhalten Sie bei den zuständigen Mitarbeitern in den beteiligten Städten. Ihre Ansprechpartner in den Kommunen sind:

Stadt Calau

Frau Birgit Schenker
T.: 03541.891-475
E.: schenker@calau.de

Stadt Lübbenau/Spreewald

Herr Peter Brandt
T.: 03542.85-440
E.: pbrandt@luebbenau-spreewald.de

Stadt Vetschau/Spreewald

Herr Stephan Pönack
T.: 035433.777-11
E.: stephan.poenack@vetschau.com

Impressum

Herausgeber:

Stadt Calau
vertreten durch
Herrn Werner Suchner
Bürgermeister
Platz des Friedens 10
03205 Calau

Stadt Lübbenau/Spreewald
vertreten durch
Herrn Helmut Wenzel
Bürgermeister
Kirchplatz 1
03222 Lübbenau/Spreewald

Stadt Vetschau/Spreewald
vertreten durch
Herrn Bengt Kanzler
Bürgermeister
Schlossstraße 10
03226 Vetschau/Spreewald

Bearbeitung:

B.B.S.M.
Brandenburgische Beratungsgesellschaft
für Stadterneuerung und Modernisierung mbH
Behlertstraße 3 a, Haus G
14467 Potsdam
T. 0331.28997-0
F. 0331.28997-24
Rainer Blank
Dr. Heike Liebmann

Bildrechte:

Stadt Calau (Deckblatt sowie Seite 3, 18, 19, 21, 24 u. 30)
Stadt Lübbenau/Spreewald (Deckblatt sowie Seite 3, 22, 23, 26, 29 u. 30)
Stadt Vetschau/Spreewald (Deckblatt sowie Seite 3, 4, 14, 15, 17 u. 23)
B.B.S.M. mbH (Seite 16, 20, 25 u. 28)
M. Nerenz (Seite 32)

Stand:

Februar 2014

Weitere Informationen //

www.calau.de

www.luebbenau-spreewald.de

www.vetschau.de

www.regionale-daseinsvorsorge.de